

Der Sanierungsbeirat S 5 wird gebeten folgenden Beschluss zu fassen:

Der Sanierungsbeirat lehnt die Verlagerung des Fachamtes Grundsicherung und Soziales in den Klosterwall ab und fordert das Bezirksamt Hamburg Mitte auf, das Fachamt für Grundsicherung und Soziales im Stadtteil an der Mengestraße zu belassen.

Als Begründung für die Verlagerung werden von der Verwaltung ausschließlich Kosteneinsparungseffekte benannt und das „persönliche Vorsprachen in vielen Fällen nicht erforderlich seien“. Dies trifft insbesondere auf beratungssuchende SeniorInnen nicht.

Im Klartext heißt dieses: Hier wird ein Stadtteil mit 50.000 Einwohnern ohne die persönliche Beratung in der örtlichen Grundsicherungs- und Sozialabteilung auskommen müssen. Sollen die WilhelmsburgerInnen dieses unter bürgernahe Verwaltung verstehen, dass Menschen, die auf Hilfe angewiesen sind oder Fragen zur Klärung ihrer persönlichen Situation haben, Antworten auf unserer Insel nicht mehr in Form von Beratung, persönlicher und materieller Hilfe bekommen. Diese Menschen müssten dann, wenn sie ein Anliegen haben, dessen Klärung einer persönlichen Rücksprache bedarf, zum Klosterwall. Das können ältere Menschen und Menschen mit Behinderung nicht immer leisten. Sie werden somit an der auch in der Wahrnehmung ihrer Rechtsansprüche eingeschränkt.

„Zentralisierung“ heißt das Schlagwort. Dieses Schlagwort ersetzt das bisher geltende Schlagwort „Bürgernahe Verwaltung“, die hier in Wilhelmsburg offensichtlich nicht mehr gilt oder nicht mehr praktiziert werden soll.

Dieses wird in der Seniorenarbeit bereits praktiziert. Im Wilhelmsburger Rathaus wird eine Sprechstunde für Seniorinnen und Senioren angeboten und zwar an einem Tag in der Woche für 3 Stunden. Dieses soll ausreichend sein für Bewohnerinnen und Bewohner unserer Elbinsel, die sich über die Möglichkeiten der Hilfe im Alter (Hilfe zur Pflege, Heimaufnahme, Pflege zu Hause etc.) informieren möchten. Zwar bietet man Hausbesuche und telef. Beratung an, wobei man hier nicht erkennt, dass man akute Anlässe und Fragen in einer persönlichen Vorsprache für alle Beteiligten besser lösen kann.

Der Sanierungsbeirat erwartet eine klare Aussage der Verwaltung, dass das Grundsicherungs- und Sozialamt hier im Wilhelmsburger Rathaus und damit im Stadtteil erhalten bleibt und die Bürgerinnen und Bürger diese Abteilung als Anlaufstelle für ihre Sorgen und Nöte und zur Durchsetzung ihrer Rechtsansprüche nutzen können.

Das im Stadtteil bestehende Netzwerk offene Seniorenarbeit im Reiherstiegviertel reagiert ebenfalls mit Unverständnis auf das Verlagerungsvorhaben und lehnt eine Verlagerung ab.